

Pressemitteilung

06.09.2023

Wölfe regulieren – Zukunft der Weidetierhaltung sichern

Resolution des DBV zur Ministerpräsidentenkonferenz in Brüssel

(DBV) Der Deutsche Bauernverband fordert anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz in Brüssel in einer Resolution die Ministerpräsidenten auf, sich gegenüber Kommissionspräsidentin von der Leyen für eine Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes im EU-Recht auszusprechen. Dazu der stellvertretende Generalsekretär des DBV, Udo Hemmerling: „Der Wolf hat sich so sehr ausgebreitet, dass er wirklich keine akut gefährdete Art mehr ist. Das Ausmaß der Wolfsrisse bei Schafen und anderen Weidetieren ist unerträglich geworden. Die EU-Staaten müssen die Möglichkeit bekommen und auch nutzen, die Anzahl der Wölfe zu begrenzen. Ein Abschuss nur von Problemwölfen reicht nicht mehr aus. Dazu muss die EU-Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten ein länderübergreifendes Monitoring des Wolfs vornehmen, um den Erhaltungszustand des Wolfes zu ermitteln. Die Kleinstaaterei, dass jeder Mitgliedstaat oder gar jedes Bundesland einen eigenen guten Erhaltungszustand des Wolfes erreichen will, muss beendet werden. Denn das führt zu überhöhten Wolfspopulationen.“

Der Konflikt zwischen Wolf und Weidetierhaltung spitzt sich weiter zu. Die Praxis zeigt auch aktuell bei einem großen Rissereignis bei Stade in Niedersachsen mit 55 toten und verletzten Schafen, dass Herdenschutz mit Zäunen etc. seine Grenzen hat. Allein im Jahr 2022 wurden mehr als 4.000 Schafe und Ziegen, Pferde und Rinder getötet, verletzt oder vermisst. Tendenz steigend.

Das Positionspapier wird in Brüssel an den MPK-Vorsitzenden Stephan Weil übergeben. Das DBV-Positionspapier finden Sie [hier](#).

Autor	Deutscher Bauernverband
Rückfragen an	DBV-Pressestelle
Telefon	030-31904-240
Anschrift	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Copyright	DBV
E-Mail	presse@bauernverband.net
Homepage	www.bauernverband.de
Twitter	@Bauern_Verband
Facebook	@DieDeutschenBauern
Instagram	@diedeutschenbauern